



Drugnet Europe

www.emcdda.eu.int

Zweimonatlich erscheinender Newsletter der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht

In dieser Ausgabe

- 2** Injizierende Drogenkonsumenten und HIV-Epidemien
- 3** Neue Studie über gesellschaftliche Wiedereingliederung
- 4** Im Blickpunkt: Das Video-Projekt – erste Hilfe bei Drogennotfällen
- 5** Kandidatenländer dringend gebeten, in Drogenproblematik zu investieren
- 6** Griechische und niederländische Drogenstrategien in einer europäischen Perspektive
- 7** Neue Produkte und Dienste der EBDD
- 8** Wissenschaftlicher Beirat: neue Risikobewertungsmethoden

ZB MED

Der Europäische Konvent und die Drogen

Der Konvent zur Zukunft Europas wurde vom Europäischen Rat in Laeken im Februar 2002 als Vorbereitung der künftigen Erweiterung der EU ins Leben gerufen. Sein oberstes Ziel ist die Erarbeitung eines neuen Verfassungsvertrages, der die Funktionsweise einer erweiterten Union vereinfachen und verbessern würde.

Der Konvent setzt sich aus dem Vorsitzenden und zwei stellvertretenden Vorsitzenden, Vertretern der Staats- und Regierungschefs, nationalen Parlamenten, dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission zusammen. Außerdem nehmen auch der Wirtschafts- und Sozialausschuss, der Ausschuss der Regionen, der Europäische Bürgerbeauftragte und die Sozialpartner als Beobachter teil. Auch die Zivilgesellschaft und die allgemeine Öffentlichkeit können sich über die Website des Konvents oder den direkten Zugang zu Debatten zu Wort melden. Der Konvent arbeitet in Form von mehreren Arbeitsgruppen und monatlichen Plenartagungen.

Im Oktober 2002 wurde ein Vorentwurf des Verfassungsvertrags aufgesetzt, der auf den Ergebnissen von 10 Arbeitsgruppen basierte. Diese Gruppen waren in der zweiten Jahreshälfte von 2002 tätig und prüften Themen wie z. B. die Kompetenzverteilung zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten, die Stärkung der demokratischen Legitimität der EU und die Definition der jeweiligen Aufgaben der einzelnen EU-Institutionen. Der Vertragsentwurf ist in zwei Teile gegliedert, von denen der erste die Grundprinzipien, Werte, Ziele und Zuständigkeiten der erweiterten Union darlegt und der zweite bestimmte Politiken und ihre Durchführung im Einzelnen beschreibt.

Dieses Frühjahr analysierten Mitglieder des Konvents eine Reihe schriftlicher Konzepte für Artikel, die auf dem Entwurf der Vertragsstruktur aufbauen. Zurzeit sind sie damit befasst, auf diese Vorschläge mit schriftlichen Änderungsanträgen zu reagieren, die in der Plenartagung diskutiert werden. Auch wenn das Drogenphänomen in diesen Artikelentwürfen nicht erwähnt wurde, wurden von Mitgliedern einige Änderungsanträge eingereicht, die die Einbeziehung dieser Thematik in den zukünftigen



Auch die Zivilgesellschaft und die allgemeine Öffentlichkeit können sich über die Website des Konvents oder den direkten Zugang zu Debatten zu Wort melden.

Drogen in einer erweiterten EU

Im Mittelpunkt der Befürchtungen, die die Öffentlichkeit über Drogen in einer auf 28 Länder erweiterten EU hegt, steht oft die Rolle der mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) im Drogenhandel. Eine neue Entwicklung zeigt, dass die Kandidatenländer inzwischen selbst „zu einem Ziel des Drogenkonsums“ geworden sind, wie die neueste Ausgabe der Reihe von Kurzinformatoren zur Drogenpolitik *Drogen im Blickpunkt* (März-April) feststellt.

„Der experimentelle Drogenkonsum und der Freizeitkonsum entwickeln sich auch in den meisten Kandidatenländern zu einem festen Bestandteil der Jugendkultur“, teilt die Kurzinformation mit. „Auch in der Gesamtbevölkerung hat der experimentelle Drogenkonsum in den letzten zehn Jahren in allen MOEL zugenommen. Besonders deutlich zeigt sich dieser Trend an den Schulen“.

Kandidatenländer sind „zu einem Ziel des Drogenkonsums“ geworden

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates der EBDD, Marcel Reimen, dringt auf eine ständige Unterstützung der EU, um die Kandidatenländer in die Lage zu versetzen, „ihre Maßnahmen im Drogenbereich mit denen der EU und ihrer derzeitigen Mitgliedstaaten abzustimmen“. Ihm zufolge ist es für die Kandidatenländer unbedingt erforderlich, dass sie ihre Koordinierungs- und Informationsverfahren verbessern und „dafür gegebenenfalls angemessene Ressourcen bereitstellen“.

Die Kurzinformation kann in 12 Sprachen heruntergeladen werden von: <http://www.emcdda.eu.int/infopoint/publications/focus.shtml>

Fortsetzung auf Seite 8

Mai-Juni

2003